

BVN e.V.

Bürgervereinigung Nordend e.V.

1. Vorsitzender
Thomas Seiffert

Kontaktadresse:

Friedhelm Ardelt-Theeck
Leuchte 35A

60388 Frankfurt/Main

Tel.: 06109 / 36751

Mobil: 0151-16559854

f.ardelt-theeck@molochautobahn.de

www.molochautobahn.de

Rechenschaftsbericht 2012

Auch im Jahr 2012 bemühte sich die Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN), ihrem Anspruch gerecht zu werden und sich für die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität und für eine ökologische Verkehrspolitik in Frankfurt am Main und insbesondere im Stadtteil Nordend einzusetzen. Die besondere Aufmerksamkeit hat dabei wieder der Frankfurter Verkehrspolitik und dem geplanten Bau der Bundesfernautobahn A 66 Wiesbaden – Fulda quer durch Frankfurt gegolten. Dabei legte die Bürgervereinigung Nordend e.V. wie schon zuvor wieder besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden vor allem im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA). Wie gewohnt, haben Fachleute der BVN wieder einen Großteil der dazu gehörenden organisatorischen Aufgaben, wie das Erstellen von Informationsmaterialien, Kontaktpflege, Pressearbeit, Besuch von Ortsbeirats- und Ausschusssitzungen des Stadtparlaments sowie Korrespondenz mit Parteien, Behörden etc. übernommen. Dazu gehörte die Teilnahme an den regelmäßigen Sitzungen und Arbeitsgruppen wie auch die Durchführung gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

Eine zentrale Rolle bei der schnellen und breiten Information der Bevölkerung kam dabei wieder der gemeinsamen Homepage der im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA) zusammenarbeitenden Bürgerinitiativen und Umweltverbände zu, deren Betreuung, Gestaltung und regelmäßige Aktualisierung bzw. Pflege wie schon in den Jahren zuvor wieder von Mitgliedern der BVN übernommen wurde.

Dieser Internetauftritt, welcher gleichzeitig auch als Informationsplattform für die Bürgervereinigung Nordend e.V. dient, wird regelmäßig von teils über 2000 Internetnutzern pro Monat besucht, die sich auf diese Weise unter www.molochautobahn.de über die geplanten Projekte und den jeweiligen aktuellen Stand der Verfahren und die geplanten Aktivitäten oder andere wichtige Termine informieren. Auch das regelmäßige Newsletter-Angebot wird inzwischen von mehreren Hundert Interessierten Bürgerinnen und Bürgern gerne genutzt.

Insbesondere über den Weg des Internets kümmerte sich die BVN so auch regelmäßig um die Einladungen zu den regelmäßigen monatlichen Treffen des Aktionsbündnisses und zu anderen wichtigen Terminen wie auch die inhaltliche Abstimmung aller Beteiligten.

Im Jahr 2012 sind folgende Ereignisse besonders hervorzuheben:

Anfang Januar wurde die BVN von Studenten der Hochschule Darmstadt im Rahmen eines Semester-Projekts in Kooperation mit dem Hessischen Rundfunk gebeten sich an einem Radiobeitrag zum Thema Verkehrsentwicklung in Frankfurt zu beteiligen. Parallel zu Vertretern der Stadt Frankfurt wie dem Verkehrsdezernenten und Vertretern von Bürgerinitiativen,

stand auch ein Experte der BVN im Rahmen eines Interviews Rede und Antwort zu allgemeinen Verkehrskonflikten und Problemen in der Kommunikation zwischen Behörden und Politik auf der einen Seite und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite.

Mitte Januar trafen sich auf Initiative des neu eingerichteten Quartiersmanagement Riederwald Vertreter der Bürgerinitiativen unter Beteiligung der Bürgervereinigung Nordend e.V. mit den neuen Quartiersmanagern, um die Gesamtproblematik rund um den Autobahnbau im Frankfurter Osten und insbesondere im Zusammenhang mit dem Bau des Riederwaldtunnels im Hinblick auf die Bevölkerung im Riederwald zu erörtern. Sie erklärten sich bereit, die engagierten Riederwälder Bürger bei ihrer Arbeit und sogar der Gründung einer eigenen Bürgerinitiative zu unterstützen. Wie schon am Beispiel Atterberry halfen auch in diesem Fall wieder erfahrene Mitglieder der BVN beim Aufbau einer eigenen Bürgerinitiative, um die speziellen Interessen vor Ort gezielter vertreten zu können. Heute ist die Bürgerinitiative Riederwald eine selbständige, engagierte und tragfähige und anerkannte Initiative im dortigen Stadtteil.

Im Februar schreckte die Nachricht auf, dass die Hessische Straßenbauverwaltung Hessen Mobil, ehemals Hessisches Amt für Straßen- und Verkehrswesen Frankfurt (ASV) beabsichtigte, noch Ende Februar vor Beginn der neuen Vegetationsperiode die ersten Bäume am Erlenbruch für Vorbereitungsarbeiten für den Autobahntunnel Riederwald fällen zu lassen.

Die BVN nahm die Ankündigung der Baumfällarbeiten im Riederwald bzw. am Erlenbruch sowie den für dieses Jahr angekündigten Beginn der Vorbereitungsarbeiten wie Kabel- und Kanalarbeiten für den Bau des Riederwaldtunnels zum Anlass, sich in einem im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn verfassten Schreiben in Form eines Offenen Briefes direkt an die noch amtierende Frankfurter Oberbürgermeisterin Roth und den Magistrat der Stadt Frankfurt, die Stadtverordnetenfraktionen und die zuständigen Ortsbeiräte zu wenden, um nachdrücklich nicht zuletzt im Zusammenhang mit der seitens der Stadt geplanten Einhausung der A 661 vor einer jahrzehntelangen Baustelle insbesondere am Erlenbruch zu warnen, ohne dass der Autobahnbau wesentlich vorankomme.

In einer begleitenden Presseerklärung rief die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn anlässlich der bevorstehenden Rodungsarbeiten spontan zur einer Mahnaktion am darauf folgenden Samstag, des letzten Februarwochenendes am Erlenbruch im Riederwald auf. Diese Protestaktion mit anschließender Demonstration war ein voller Erfolg! Ein Teil des Erlenbruch war für insgesamt gut eine Stunde für den Autoverkehr gesperrt bzw. „Auto frei“. Kinder konnten auf der Straße spielen und hatten endlich einmal auch am Tag einmal "frische Luft" und keinen Autolärm! Gut 50 Vertreter der Bürgerinitiativen und Bewohner aus dem Riederwald hatten sich unter großer Resonanz von Presse, Rundfunk und Fernsehen an der kurzfristig organisierten Aktion beteiligt.

Auch die Fällaktion am folgenden Sonntag morgen bei „Nacht und Nebel“ in aller Herrgottsfrühe in Dunkelheit wurde von Vertretern der Bürgerinitiativen und Unterstützer unter Protest begleitet. Diese mussten entsetzt und ungläubig einer „generalstabsmäßig“ und minutiös geplanten Baumfällaktion zusehen, bei der innerhalb von weniger als 90 Minuten vier noch völlig intakte Bäume von Baumfällmaschinen zersägt, klein geschnitten auf Lastwagen der Baumfällkolonne geladen und abtransportiert wurden. Zurück blieben nur noch die zurückgelassenen Stümpfe der vernichteten schon Knospen treibenden Bäume am Straßenrand. Dieser Ablauf hatte schon perverse Züge. Aufnahmen dieser erschreckenden und zugleich aber auch spektakulären Aktion sind u.a. auf YouTube zu sehen.

In einer weiteren aktuellen Presseerklärung wertete die BVN die nach Ansicht der BIs vom Zeitpunkt her gesehen völlig unnötige Rodung als rein politische Aktion, mit der noch vor der bevorstehenden Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt deutlich gemacht werden sollte, „dass es jetzt aber endlich mit dem Bau losgehe“.

Anlässlich dieser Oberbürgermeisterwahl hat sich die BVN in Zusammenarbeit mit der Bürgervereinigung Seckbach e.V. im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn in einem Offenen Brief an alle Oberbürgermeister-Kandidatinnen und Kandidaten gewandt und ein Moratorium beim Ausbau A 661 und dem Bau der A 66 Riederwaldtunnel gefordert. Da-

bei wurden die Bewerberinnen und Bewerber für das Oberbürgermeisteramt außerdem gebeten, sogenannte von der BVN formulierte Wahlprüfsteine zur OB-Wahl mit Fragen zum Autobahnbau und zur Einhausung zu beantworten. Diese wurden anschließend im Internet veröffentlicht und die Zusammenfassung der Ergebnisse im Rahmen einer Presseerklärung bekannt gegeben.

In weiteren Schreiben wandten sich die BVN und die BVS im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn in er oben genannten Angelegenheit erneut an die beiden Kandidaten der zwei Wochen später statt findenden OB-Stichwahl. Zusammen mit den anderen BIs nutzte die BVN die Gelegenheit eines Stadtgesprächs im Frankfurter Rundschauhaus um die OB-Kandidaten vor dem Gebäude freundlich aber auch öffentlichkeitswirksam zu begrüßen und Ihnen die Briefe persönlich zu übergeben.

Ende März veranstaltete die Stadt Frankfurt ein Bürgerforum bzw. "Workshop" für den Bürgerhaushalt 2013 im Rahmen eines bundesweiten Projekts, zu welchem auch ein Vertreter der BVN offiziell eingeladen wurde. In einer speziellen Arbeitsgruppe u.a. zum Thema Lärmschutz entlang der Autobahnen bzw. Einhausung der A 66 und A 661 konnten auf diese Weise fundierte Sachkenntnisse eingebracht und insbesondere auf die Notwendigkeit eines kritischen städtischen Gutachtens aufmerksam gemacht werden. Auf Initiative des BVN-Vertreters konnte am Ende des Forums Stadtkämmerer Becker, CDU, sogar spontan dazu bewegt werden, alle Teilnehmer im Herbst zu einem Folgetermin einzuladen. Dort soll dann der Magistrat den Teilnehmern gegenüber bzgl. des beabsichtigten Umgangs mit den gemachten Vorschlägen und Forderungen gewisser Maßen Rechenschaft ablegen.

Noch im Frühjahr war neben anderen Kandidaten auch die BVN mit Blick auf ihr jahrzehntelanges erfolgreiches Engagements für den Stadtteilpreis 2012 des Ortsbeirats 3 für das Nordend vorgeschlagen worden.

Auf Antrag und Vorschlag des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn hat die Stadt Frankfurt Anfang April Friedhelm Ardelt-Theeck, Vorstandsmitglied der BVN, als Vertreter der Bürgerinitiativen und Sachverständigen in den Planungsbeirat für die Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (SEM) im Bereich zwischen Nordend, Bornheim und Seckbach im Rahmen der geplanten Einhausung der Autobahn A 661 aufgenommen. Bis zum Spätsommer wurde zu insgesamt vier Kolloquien eingeladen, an welchen neben Vertretern städtischer Ämter und Parteien zahlreiche angesehene Experten für Stadt- und Raumplanung von Universitäten und Instituten aus Deutschland und der Schweiz beteiligt waren. Von diesem Gremium wurden wiederum drei ausgewählte Planungsbüros mit der Aufgabe beauftragt im Rahmen eines Planungswettbewerbs Vorschläge für Gestaltung der SEM zu erarbeiten.

Aus Sicht der BVN kann man mit dem Verlauf dieser Projektentwicklung und der Entscheidungsfindung sehr zufrieden sein. Schließlich ist die Variante mit den "geringsten" Eingriffen in das Grüngelände und der gemäßigtsten Bebauungsplanung ausgewählt worden. Die BVN kann dieser Variante mit einem guten Gefühl zustimmen verbunden mit dem Hinweis, dass selbstverständlich der Bund hinsichtlich der Kosten in die Verantwortung genommen werden muss. Auf diese Weise kann auch der "Baudruck" zur Refinanzierung der Einhausung in Grenzen gehalten werden.

Der BVN-Experte hatte außerdem Gelegenheit, quasi als Schlusswort an das Gremium zu appellieren, mit Blick auf dieses Zukunftsvorhaben, sich für einem Bauaufschub beim Autobahnbau auszusprechen, um diesem nicht schon im Vorhinein die Realisierungsgrundlage zu nehmen. Diese Forderung, die auch Zuspruch auf Seiten geladener externer Städteplaner fand, wurde allerdings am Ende vom Gremium nicht aufgegriffen. Nicht zuletzt auf Betreiben des BVN-Fachmanns wurden Planungsvarianten mit zwei bzw. drei Tunnelabschnitten zur Kostenersparnis der Einhausung am Ende völlig verworfen und waren schließlich nicht mehr Teil des Planungsauftrags. Die ausgewählte Variante und die Ergebnisse des Wettbewerbs wurden schließlich Ende September im Rahmen einer Pressekonferenz von Planungsdezernenten Cunitz (Grüne) der Öffentlichkeit vorgestellt und auch im Internet veröffentlicht.

In einer im Namen des Aktionsbündnisses Unmenschliche Autobahn veröffentlichten

Presserklärung wertete es die BVN als Novum, dass Vertreter von Bürgerinitiativen in einem offiziellen städtischen Gremium als geladene Experten mitarbeiten konnten und lobten die Verantwortlichen der Stadt Frankfurt für den bewiesenen Mut und die Bereitschaft, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger von Anfang an fachlich mit einzubeziehen. Gleichzeitig drängten die Bürgerinitiativen energisch auf einen sofortigen Aufschub beim Autobahnbau. Man könne jetzt nicht die Autobahnen neu ausbauen lassen, wenn schon in absehbarer Zeit (ggf. 2018) der Bau der Einhausung erfolgen solle.

Noch im April informierte die BVN in einer Presseerklärung über die Tatsache, dass das Hessische Verkehrsministerium beabsichtigte, für beide Autobahnen A 661 und A 66 im Frankfurter Osten zwei neue getrennte Planänderungsverfahren durchzuführen. Zu diesem Zweck würden neben einer neuen Verkehrsuntersuchung auch wieder neue Lärm- und Schadstoffgutachten in Auftrag gegeben werden. Somit wären die gerade erst 2011 vorgestellten „ergänzenden Lärmschutzmaßnahmen“ bereits wieder Makulatur. Für die Bürgerinitiativen sei nun das Maß voll. Die ganzen Projekte müssten nun auf den Prüfstand. Geplante Vorbereitungsarbeiten dürften unter diesen Umständen auf gar keinen Fall durchgeführt werden.

Nach Bekanntwerden einer Ausschreibung für bereits im Mai entlang der verlaufenden Tunneltrasse beginnende Tiefbohrungsarbeiten und der bereits im Herbst drohenden Rodung der Bäume im Erlenbruch organisierte die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis neben einem Infostand am Erlenbruch, der unter dem Motto Stand, „Kritiker und Befürworter des Autobahnbaus sollten ins Gespräch kommen“, auch eine Trassenbegehung, die große Resonanz bei betroffenen und interessierten Bürgern wie auch in den Medien fand. Neben der Pressearbeit und der Organisation übernahm die BVN auch die Gestaltung eines neuen Flugblatts mit der Ankündigung der Trassenbegehung und der Auflistung der Gründe, die für einen Aufschub des Autobahnbaus sprechen.

Nachdem sich die BVN noch im Mai mit der Forderung nach Bauaufschub in einem Schreiben auch an die Mitglieder des Ortsbeirats 3 (Nordend) gewandt hatte machte die BVN in einer weiteren Presserklärung mit großer Presseecho darauf aufmerksam, dass die Autobahn A 66 Alleentunnel wieder Teil der neuen Verkehrsuntersuchung sein werde, die das Hessische Verkehrsministerium im Vorfeld der beiden neuen Planänderungsverfahren für die Autobahnen A 66 und A 661 erarbeiten lässt. Dies zeige eindeutig, dass diese Projekte, wie von vielen in fälschlicher Weise angenommen, keines Falls vom Tisch sind. Vor allem das Teilprojekt, die Autobahnspange im offen geführten Trog am Günthersburgpark vorbei mit Anschlussstelle Friedberger Landstraße/Rat-Beil-Straße, kann schneller Realität werden als gedacht und hätte fatale Folgen für das Nordend. Auf diesen Sachverhalt wiesen Vertreter der BVN auch in der folgenden Sitzung des Ortsbeirats 3 hin und forderten den Ortsbeirat zum Handeln auf. Einerseits müsse der Planfeststellungsbeschluss für den Alleentunnel wie auch von diesem Gremium schon lange gefordert endlich aufgehoben werden, andererseits müsse man auch konsequenter Weise sich energisch auch gegen den Bau des Riederwaldtunnels aussprechen. Alles andere sei inkonsequent. Verkehrsdezernat und Parteien wiesen dagegen in Stellungnahmen in der Presse die Befürchtungen, der Alleentunnel könne wieder aktuell werden, als völlig unbegründet zurück.

Auf Initiativen insbesondere der BVN haben sich im April bzw. Mai die Ortsbeiräte 4 (Bornheim, Ostend) und Ortsbeirat 11 (Seckbach, Riederwald, Fechenheim) jeweils mehrheitlich der Forderung der BIs angeschlossen und Anträge für einen Aufschub beim Autobahnbau bis zur Baureife der Einhausungen an die Stadtverordnetenversammlung bzw. den Magistrat der Stadt Frankfurt gestellt.

Vertreter der BVN appellierten schließlich im Juni in der Sitzung des Verkehrsausschusses der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung an dessen Mitglieder, sich den Forderungen der Ortsbeiräte und Bürgerinitiativen anzuschließen und ebenso sich für einen Aufschub des Autobahnbaus bis zur Klärung der offenen Schutzfragen einzusetzen. Zur Stützung dieser Forderungen übergab ein BVN-Mitglied stellvertretend für die anderen BIs dem Vorsitzenden des Ausschusses mehrere hundert Unterschriften, die im Rahmen der alten Unterschriftensammlung für die Einhausungen im Laufe der Zeit noch zusammen kamen und die damit

endgültig mit zusammen über 5.000 Unterzeichnern abgeschlossen wurde.

Gleichzeitig beschloss das Aktionsbündnis auf Betreiben der BVN, noch im Juni vor Beginn der Sommerferien bereits eine neue Unterschriftensammlung für einen Aufschub beim Autobahnbau bis zur Baureife der Einhausungen zu starten. Allein bei drei Infoständen, deren Organisation und Presseankündigung die BVN wieder übernahm, konnten bereits über 400 Unterschriften gesammelt werden. In großen Beiträgen mit Interviews von Fachleuten der BVN wurde das Anliegen auch in den drei großen Frankfurter Tageszeitungen aufgegriffen.

Auf Initiative der BVN kam es noch im Juni und Juli zu Gesprächen mit Vertretern der in Frankfurt mit regierenden und auch im Hessischen Landtag vertretenen Grünen mit dem Ergebnis weiter in Kontakt bleiben zu wollen. Gespräche mit den anderen Parteien sollen folgen.

Noch Ende Mai hatte die BVN in einem weiteren offenen Brief an die noch amtierende Frankfurter Umweltdezernentin Manuela Rottmann appelliert sich zum Schutze des Frankfurter Grüngürtels für eine zeitweiligen Bauaufschub auszusprechen. In ihrem Antwortschreiben verwies Rottmann auf die seitens der Stadt in Auftrag gegebene Potentialstudie für die Einhausung der A 661 bis zur Anschlussstelle Frankfurt-Ost bzw. bis zum Westportal der A 66 Tunnel Riederwald und ihre Nachfolgerin. Bedauerlicherweise war trotz mehrmaligem schriftlichen wie auch telefonischem Nachhaken war mit der gleichzeitig scheidenden Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth kein Kontakt mehr herzustellen.

Auf Initiative der BVN und des Aktionsbündnisses beschäftigte sich schließlich auch der für Bergen-Enkheim zuständige Ortsbeirat 16 mit Anträgen zum Bauaufschub und zusätzlichen Schutzmaßnahmen bei Anschluss der A 66 an die A 661. Bereits im Juli hatte sich der SPD-Ortsverein Riederwald für ein Moratorium beim Autobahnbau ausgesprochen und ein Mediationsverfahren gefordert.

Dessen ungeachtet ordnete Ende Juli die Hessische Straßenbaubehörde Hessen Mobil die Räumung der Kleingartenanlagen Erlenbruch und Teufelsbruch an. In Form eines Offenen Briefes an den Hessischen Verkehrsminister Rentsch und die Landtagsfraktionen forderte die BVN im Namen des Aktionsbündnisses mit Verweis auf die ungeklärte Rechtslage die Kleingärten und die noch weitgehende intakten Gartenhütten zu erhalten und wieder zu verpachten. Dazu reichte die BVN auch eine Petition an den Landtag zum zeitlichen Schutz der Kleingärten sowie der Gründzüge Erlenbruch und Teufelsbruch ein, deren Ergebnis noch aussteht. In einem unmittelbaren Antwortschreiben verwies das Ministerium auf „völlig verwahrloste und unhaltbare Zustände“ in den Kleingärten sowie auf die gesetzliche Verpflichtung dem Bund als Auftraggeber gegenüber wie auch auf das Fehlen eines Planungsauftrags für eine Einhausung. Die Tatsache, dass die Kleingärten verfrüht bzw. ohne zeitliche Not gekündigt wurden und deshalb leer standen wie auch der noch völlig offene Ausgang der am Hessischen VGH in Kassel noch nicht verhandelten Klagen wurden dabei außer Betracht gelassen.

Zusammen mit den anderen Bürgerinitiativen rief die BVN daraufhin spontan zu einer Protestaktion und wenig später zu einer Demonstration auf, um ein Zeichen zu setzen und die verantwortliche Politik zum Handeln zu bewegen. Große Teile der Organisation wie auch die Anmeldungen, Pressearbeit und das Erstellen eines passenden Flugblatts hatte die BVN übernommen.

Neben der Einladung zu den regelmäßigen monatlichen Treffen des Aktionsbündnisses und der kontinuierlichen Pressearbeit übernahm die BVN wie schon in den Vorjahren auch wieder die Organisation der traditionellen Infostände des AUA zwischen Mai und September, am Wäldchestag auf dem Kinderkulturfestival im Licht- und Luftbad im Riederwald, dem dritten Stadtteilstag der Linken im Riederwald, beim Rotlintstraßenfest der Grünen im Nordend, dem "Tag des Kindes" auf dem Kinderfest der Falken im Ostpark und Wilhelmshöherstraßen-Fest in Seckbach auf welchen über den Sachstand der Autobahnplanung informiert und weitere Unterschriften gesammelt wurden.

Mit zusätzlichen Infoständen im September und Oktober in Bornheim konnten schließlich zusammen 2000 Unterschriften für einen Bauaufschub beim Autobahnbau bis zur Baureife

der Einhausungen gesammelt werden, die im Rahmen einer Protestaktion vor dem Frankfurter Römer und der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung unter guter Presseresonanz an den neu gewählten Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann übergeben werden. Er stellte den Bürgerinitiativen ein baldiges Gespräch in Aussicht. Auch Verkehrsdezernent Majer stellte sich den Vertretern der BIs vor dem Römer.

Mitte Oktober wurde schließlich die Potentialstudie zur Einhausung des südlichen Abschnitts der A 661 incl. der A 66 bis zum Tunnel Riederwald im Plenarsaal des Römers offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt. Es ist als ein Riesenerfolg zu werten, dass nur eineinhalb Jahre nach der Absichtserklärung der Teilnehmer auf der von der BVN mitorganisierten Podiumsdiskussion die Machbarkeitsstudie Realität wurde und somit eine solide Grundlage für die Einhausungsdiskussion zur Verfügung steht. Nur wenige Tage später lud Verkehrsdezernent Stefan Majer speziell für die Bürgerinitiativen zu einer zweiten Vorstellung der Potentialstudie im Städtischen Straßenbauamt ein.

Bereits im März 2012 hatte Hessen Mobil den Klägern im Verfahren Riederwaldtunnel wie zugesagt die neuen Lärmtechnischen Untersuchungen für die „ergänzenden Maßnahmen“ zur Verfügung gestellt. Nach Einsichtnahme stellten Fachleute der BVN auf den ersten Blick unerklärliche Abweichungen der Emissionswerte im Vergleich zu den vorausgehenden Gutachten fest. Die Bürgervereinigung Nordend beauftragte daraufhin das Planungsbüro Regio-Consult aus Marburg wieder mit der kritischen Durchsicht der LTUs. Es folgte ein Gesprächstermin unter Beteiligung der BVN, dem Rechtsanwalt und Planungsbüro mit Hessen Mobil anlässlich der neu in Auftrag gegebenen VU und weitere Briefwechsel mit dem Hessische Verkehrsministerium.

Darüber hinaus war bereits im August ein BVN-Experte zu einer Podiumsdiskussion der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen zum Thema Flug- bzw. Verkehrslärm im Frankfurter Osten eingeladen worden.

Frankfurt am Main, 12. Dezember 2013

Thomas Seiffert
(1. Vorsitzender)